

# Antragsmappe

**Mit den Beschlüssen**

**der 18. Bundesdelegiertenversammlung  
der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Beschlüsse der 18. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands am 30. August 2021 in Magdeburg



## Übersicht der angenommenen Anträge

**A1** Leitantrag: „Zukunft braucht Erfahrung“

**C1** „Modernisieren, erneuern und anpassen. Einrichtung einer Satzungs- und Strukturkommission“

**C8** „Mütterrente“

# Leitantrag

**„Zukunft braucht Erfahrung“**

Beschlossen durch die 18. Bundesdelegiertenversammlung der  
Senioren-Union der CDU Deutschlands am 30. August 2021 in  
Magdeburg

## A 1

---

### 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

#### Beschluss zur Annahme

---



#### **Weiterleitung zur weiteren politischen Arbeit an den Parteivorstand der CDU Deutschlands und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der 20. Wahlperiode**

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in wie vorliegend geänderter Fassung

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Annahme in wie vorliegend geänderter Fassung zzgl. Änderungsantrag Landesvereinigung Hamburg et. al., Änderungsantrag Landesvereinigung Sachsen-Anhalt et. al.

### **Zukunft braucht Erfahrung – gemeinsam für ein starkes Deutschland in Europa**

#### **Präambel**

Mit Lebens- und politischer Erfahrung stehen wir Mitglieder der Senioren-Union der CDU Deutschlands als Vertreterinnen und Vertreter der älteren Generation in politischer, gesamtgesellschaftlicher und generationenübergreifender Verantwortung für ein auch in Zukunft erfolgreiches Deutschland.

Im Zentrum unserer aktiven, ehrenamtlichen politischen Arbeit steht das Miteinander aller Generationen in einer freien, solidarischen und toleranten Gesellschaft, in der wir die Belange der Älteren vertreten. Wir erwarten eine Gesellschaft, in der die Erfahrung und der Wert des Alters als Bereicherung anerkannt wird. Dem Schutz der Familie messen wir höchste Bedeutung zu. Wir wollen einen gesunden Interessenausgleich zwischen den Generationen, dabei gilt: Die ältere Generation ist keine Last. Sie ist ein Gewinn für die Gesellschaft.

Wir wollen dazu beitragen, die großen Zukunftsaufgaben, vor denen Deutschland steht, mit einer soliden, generationengerechten Politik durch eine unionsgeführte Bundesregierung zu lösen.

#### **Unsere Werte – Fundament einer zukunftsfähigen Politik**

Die CDU steht auf dem festen Wertefundament des christlichen Menschenbildes. Diesem fühlen wir uns als Senioren-Union verpflichtet. Freiheit und Verantwortung, Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte unserer politischen Arbeit. Sie sind konstitutives Element unserer Verfassung und Gesellschaft, das wir gegen jeden Verfassungsfeind verteidigen. Wir werden diese grundlegenden Werte weder dem flüchtigen Zeitgeist noch dem jeweils angesagten Bedeutungswandel preisgeben.

Die im Grundgesetz verbürgte Unantastbarkeit der menschlichen Würde – unabhängig vom Lebensalter - ist Basis für unsere Politik. Die Senioren-Union kämpft für eine Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben. Dies muss sich auch in der politischen Arbeit der CDU als Union der Generationen widerspiegeln. Beschränkungen aufgrund fortgeschrittenen Lebensalters, die

von bürgerschaftlichem Engagement oder öffentlichen Funktionen ausschließen, haben in der Wirklichkeit aktiver Seniorinnen und Senioren keinen Platz. Die Senioren-Union fordert deshalb auch, den Artikel 3 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland um das Verbot der Altersdiskriminierung zu ergänzen. Wie Religion, Geschlecht und Herkunft des Menschen darf auch das fortgeschrittene Lebensalter kein Grund für Benachteiligung sein.

### **Klimaschutz und Energiepolitik – Deutschland als klimafreundliches Industrieland**

Europäische und internationale Klimaschutzziele verlässlich einzuhalten, muss Maßstab energiepolitischen Handelns sein. Die Energieversorgung in Deutschland muss dem Anspruch genügen, sicher und bezahlbar zu sein. Die industrielle Wertschöpfung in Deutschland und sichere Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet werden. Erfahrungen und Kenntnisse des Industrie- und Exportstandortes Deutschland müssen insbesondere in den Bereichen der klimafreundlichen und erneuerbaren Energien genutzt werden.

Die Umgestaltung unseres Energiesystems muss technologieoffen sein und alle Wege verfolgen, die eine sichere, bedarfsgerechte, bezahlbare Energieversorgung gewährleisten können (z.B. Protonenfusion, Wasserstofftechnologie, Brennzelltechnik, Dual-Fluid-Reaktor).

### **Sichere, verlässliche Altersvorsorge – Anerkennung von Lebensleistung**

Soziale und finanzielle Sicherheit im Alter ist ein hohes Gut. Wir wollen eine verlässliche und angemessene Sicherung der Altersbezüge, die sowohl der erbrachten Lebens- und Arbeitsleistung als auch der signifikant veränderten Generationenstruktur Rechnung trägt. Länger leben und länger Rente beziehen bedingen in der Regel auch längeres Arbeiten. Deshalb brauchen wir ein nachhaltiges Rentenkonzept, das die Rentenversicherung als solidarisches System durch differenzierte Regelungen in den Blick nimmt. Staatliche Investitionen in eine Generationenrente können ein weiterer Schritt in Richtung Stabilisierung und Neuausrichtung unseres Alterssicherungssystems sein.

Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik unterstützen, die Älteren die Chance einräumt, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse auch im fortgeschrittenen Lebensalter einzusetzen. Die Verdrängung der Älteren aus dem Arbeitsmarkt darf nicht zugelassen und nicht gefördert werden. Nur so kann generationengerechte Politik gedeihen.

Wir treten ein für die Angleichung der Mütterrente. Beschränkungen an Geburtsjahrgängen der Kinder festzumachen, können wir nicht akzeptieren. Die Mütterrente ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Altersarmut von Frauen und darf an Fragen der Finanzierbarkeit nicht scheitern.

### **Gesundheitsversorgung und Pflege – für ein verlässliches Gesundheitswesen**

Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Mit der steigenden Lebenserwartung und der Zunahme von Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Erkrankungen des Bewegungsapparates, Diabetes und psychischer Erkrankungen, muss eine Stärkung unseres Gesundheitswesens einhergehen. Wir treten ein für eine Gesundheitspolitik, die flächendeckend ärztliche Versorgung und wohnortnahe Krankenhäuser sicherstellt sowie dem Pflegebedarf in den unterschiedlichsten Lebensphasen entspricht.

Die Steigerung der Studienplätze in der Medizin, sowie die Einführung und die Weiterentwicklung einer Landarztquote werden langfristig zur Besetzung von Hausarztpraxen im Ländlichen Raum beitragen können.

Die Personalsituation und die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen verbessert werden. Die häusliche Versorgung, Pflege- und Altenheime sowie ambulante Pflegedienste sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Pflegeversorgung in Deutschland. Der Einsatz pflegender Angehöriger und der Pflegekräfte ist zu unterstützen. Die Qualität in der Pflege muss überall gleich gut sein und durch verbindliche Standards sichergestellt werden. Die finanziellen Eigenanteile bei stationärer Pflege müssen bezahlbar sein.

Der Ausbau der Telemedizin ist im Rahmen des medizinischen Fortschritts notwendig und muss mit den Potentialen in den Bereichen Diagnostik, Konsultation und Notfallmedizin noch besser ausgeschöpft werden. Telemedizin darf nicht zu Lasten des persönlichen Arzt-Patient-Kontaktes gehen.

### **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

Die Senioren-Union steht für eine Politik gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Gleichwertigkeit ist nicht gleichzusetzen mit Einheitlichkeit oder Beseitigung aller Unterschiede. Unsere Städte und ländlichen Räume zeichnen sich durch Vielfalt und Lebendigkeit aus. Wir wollen die spezifischen Stärken der Regionen weiter erhalten und strukturschwache Gebiete auch in Zukunft fördern. Sowohl der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, des ÖPNV und die flächendeckende Breitbandinfrastruktur sind für die ältere Generation von erheblicher Bedeutung. Die Fördermöglichkeiten zur Schaffung von geeignetem Wohnraum für Seniorinnen und Senioren sollen in Stadt und Land gleichermaßen ausgestaltet werden. Wir setzen uns für die Förderung von modernem Wohnraum für Ältere und Familien durch Abschreibungsmöglichkeiten für die Modernisierung bzw. altersgerechte Ausstattung ein. Den Älteren muss die Möglichkeit gegeben sein, so lange als möglich im vertrauten Wohnumfeld leben zu können.

### **Einsamkeit im Alter vermeiden – Altersdiskriminierung bekämpfen**

Isolation kostet Menschenleben, Einsamkeit ist ein Phänomen unserer Zeit und zu einer Volkskrankheit geworden und muss mit Nachdruck bekämpft werden. Sie betrifft Menschen allen Alters, nimmt jedoch in fortgeschrittenem Alter zu. Einsamkeit im Alter entsteht durch Verlust der gesellschaftlichen Rolle, das Schwinden sozialer Kontakte, den körperlichen Abbau oder verminderte Mobilität. Deshalb müssen Projekte und Initiativen unterstützt werden, die die Teilhabe der älteren Generation am sozialen Leben stärken und wirksame Strategien zur Einsamkeitsprävention entwickeln. Ein lebendiges Miteinander der Generationen unterstützt die soziale Integration und kann Einsamkeit vorbeugen.

### **Digitale Kompetenz der Älteren stärken – lebenslanges Lernen**

Die Digitalisierung umfasst immer mehr Teile unseres Lebens und bietet vielfältige Möglichkeiten sozialen Austauschs. Die gegenwärtige ältere Generation nutzt die digitalen Potenziale noch zu zögerlich, obwohl die Beherrschung digitaler Technologien zu einem wichtigen Bestandteil der Teilhabe an der Gesellschaft geworden ist. Digitale Kompetenz muss in unserer Zeit als eine der wichtigsten Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben betrachtet werden, die Fenster zur Welt öffnet, Wissen und Informationen sowie Kultur und Unterhaltung vermittelt. Wir müssen älteren Menschen Zugang zur Technologie einschließlich diesbezüglicher Schulung anbieten und so das Risiko der sozialen Ausgrenzung und Vereinsamung mindern. Deshalb müssen Einrichtungen unterstützt und Hilfemöglichkeiten geschaffen werden, die älteren Menschen bei Nutzung des Internets behilflich sind und Chancen lebenslangen Lernens und Teilhabe an der digitalen Entwicklung aller Lebensbereiche eröffnen.

## **Sicherheit – Grundlage für Vertrauen und gutes Lebensgefühl**

Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu recht großes Vertrauen in unseren Staat und sein Sicherheitsversprechen. Sich sicher zu fühlen - ob zu Hause oder im öffentlichen Raum, ob bei Tag oder Nacht - gehört mit zunehmendem Alter zur persönlichen Zufriedenheit. Kriminalität in unmittelbarem Wohnumfeld muss wirksam bekämpft werden. Oft ist das eigene Zuhause der Tatort. Viele Betrugsmaschen wie der „Enkeltrick“ oder Kontaktaufnahme durch falsche Polizisten verletzen die Unversehrtheit der heimischen Privatsphäre. Mehr Personal und bessere Ausstattung, gezielte Aufklärung und Sensibilisierung, erhöhte Präsenz von Polizeikräften, mehr Videoüberwachung und die Fortführung des sog. Freiwilligen Polizeidienstes in den betroffenen Bundesländern gehören zum unentbehrlichen Kern der Inneren Sicherheit.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen sich auf eine glaubwürdige Sicherheitsvorsorge im Rahmen der Äußeren Sicherheit sowie der europäischen Außenpolitik und Festigung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der NATO verlassen können. Die Bundeswehr muss zur Lösung ihrer jeweiligen Aufgaben optimal ausgerüstet und organisiert sein. Soldatinnen und Soldaten verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

## **Fluchtursachen bekämpfen – Integration stärken**

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik kann nur europäisch gelöst werden. Fluchtursachen ist gezielt und gemeinschaftlich entgegenzuwirken. Die Menschen sollen vor Ort Perspektiven für ihr Leben erhalten. Mit dem Marshallplan für Afrika setzt die Politik einen Schwerpunkt, Investitionen in eine nachhaltige Entwicklungspolitik schaffen Chancen für Aufschwung und Arbeitsplätze durch private Investitionen und faire Handelsabkommen.

Die Staaten an der Außengrenze der Europäischen Union dürfen mit dem Schutz der europäischen Außengrenzen nicht alleingelassen werden. Die Grenzagentur FRONTEX muss deshalb eine operative Grenzpolizei werden. Hier bedarf es einer solidarischen europäischen Zusammenarbeit und Unterstützung im administrativen, personellen und finanziellen Bereich. Europa muss gemeinsam kriminelle Schlepperbanden bekämpfen und für den Schutz der wirklich Hilfebedürftigen sorgen. Das schützt die Freiheit der Menschen in Europa, garantiert Rechtsstaatlichkeit und hilft, dass Europa seiner Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden kann.

## **Die CDU-Senioren in der Europäischen Union**

Wir, die Senioren-Union der CDU Deutschlands, empfinden die europäische Einigung und die Europäische Union als das größte und erfolgreichste Friedensprojekt nach dem 2. Weltkrieg. Es ist maßgeblich von christlich-demokratischen Werten wie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Rechts- und Sozialstaatlichkeit geprägt.

Es war die ältere Generation, die vor über 75 Jahren Dank des Mutes der europäischen Gründerväter wie Alcide de Gasperi, Robert Schuman, Jean Monnet und Konrad Adenauer den europäischen Integrationsprozess in Gang gesetzt hat.

Sie alle waren überzeugte Europäer, sie hatten klare Ziele und besaßen den Mut, Entscheidungen zu treffen, die von christlichen Werten geprägt waren. Wir werden Europa nicht den Populisten überlassen. Unser Europa ist lebenswert und das soll auch für unsere Kinder und Enkelkinder so bleiben. Deshalb ist die Bewahrung der Schöpfung für uns ein herausragend wichtiges Thema. Wir verfolgen es entschlossen und engagiert - mit Vernunft und Augenmaß.



## C 1

---

### 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

#### Beschluss zur Annahme

---



#### **Weiterleitung zur weiteren politischen Arbeit an den Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in wie vorliegend geänderter Fassung

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Annahme in wie vorliegend geänderter Fassung

### **Modernisieren, erneuern und anpassen**

#### **Einrichtung einer Satzungs- und Strukturkommission**

Der Bundesvorstand wird beauftragt, eine Satzungs- und Strukturkommission zu bestellen, die zur nächsten Bundesdelegiertenversammlung Vorschläge zur Modernisierung, Erneuerung und Anpassung der derzeit gültigen Satzung und Beitragsordnung des Bundesverbandes der Senioren-Union vorlegt. Der Bundesvorstand ist regelmäßig über den Fortgang der Beratungen zu unterrichten.

#### **Begründung**

Entwicklungen in Programm und Satzung der CDU sowie praktische Erfahrungen und Erfordernisse im Bundesverband, in den Landes-, Bezirks- und Kreisvereinigungen der Senioren-Union sowie bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen, machen die Überarbeitung und Anpassung der Satzung des Bundesverbandes der Senioren-Union erforderlich.

Die Beteiligung und Mitwirkung in den Gremien der Vereinigung (Bundesvorstand, Bundesdelegiertenversammlung, Fachausschüsse) sollen geprüft und ggf. hinsichtlich zeitlicher Abfolge, personellem Umfang und finanziellem Aufwand angeglichen bzw. neu geregelt werden. Die digitalen Möglichkeiten der Kommunikation und Teilnahme sollen geprüft werden.

---

## 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

### Beschluss zur Annahme



---

**Weiterleitung zur weiteren politischen Arbeit an den Bundesvorstand der CDU Deutschlands und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der 20. Wahlperiode**

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in wie vorliegend geänderter Fassung

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Annahme in wie vorliegend geänderter Fassung

### Mütterrente

Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert den Vorstand der CDU Deutschlands und die Mitglieder der CDU/CSU – Fraktion im Deutschen Bundestag auf, in den Beratungen über die weitere Ausgestaltung der Mütterrente den Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, nun endlich in einem gestuften Prozess 3 Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten auf dem Rentenkonto gutzuschreiben, so wie es für Mütter geregelt ist, deren Kinder nach 1992 geboren wurden bzw. werden und nicht nur für das 3. Kind, sondern für jedes Kind. Die Mütterrente soll hierbei nicht als Einkommen auf die Grundsicherung angerechnet werden.

#### **Begründung:**

Die Müttergeneration, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, war wesentlich stärker belastet, als es die spätere und heutige Müttergeneration ist. Für Kinder unter 3 Jahren gab es keine Kindergärtenplätze. Das Angebot an Kindergärten für Kinder ab 3 Jahren war in allen Kommunen so unzureichend, dass nur wenige einen Platz bekommen konnten. Die meisten Mütter gaben ihren Arbeitsplatz auf, um die Kinder aufzuziehen und zu versorgen und mussten dann auch mit einem schmaleren Haushaltsbudget auskommen, denn das magere Kindergeld von 30,00 später 50,00 DM war im Vergleich mit den heutigen Sätzen keine große Stütze. Sobald die Kinder in den geregelten Schulalltag der Grundschule Fuß fassen konnten, bemühten sich die Mütter wieder um einen Arbeitsplatz mit geringen Chancen, den erlernten Beruf wieder auszuüben. Um sich wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, mussten sie Arbeit in Teilzeit und im Niedriglohnbereich aufnehmen, was sich jetzt auch in der Altersrente zum persönlichen Nachteil auswirkt. Diese Benachteiligung der älteren Mütter ist Altersdiskriminierung und die gewählten Volksvertreter der CDU/CSU müssen dafür sorgen, dass diese Diskriminierung aufhört.

## Übersicht der zu überweisenden Anträge

**C2** „Versorgungssicherheit im medizinischen Sektor“

**C3** „Finanzieller Eigenanteil Pflegebedürftiger bei stationärer Unterbringung“

**C4** „Transparente Regeln für Parteispenden und Nebeneinkünfte von Abgeordneten“

**C6** „Verbot der Gendersprache“

**Initiativantrag** „Keine Drohungen, Corona ist besiegbar“

---

## 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

### Beschluss zur Überweisung

---



**Empfehlung der Antragskommission:** Überweisung in wie vorliegend geänderter Fassung an den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages und die AG Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Überweisung in wie vorliegend geänderter Fassung an den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages und die AG Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zzgl. Änderungsantrag Kreisvereinigung Rhein-Kreis Neuss

### Versorgungssicherheit im medizinischen Sektor

Die Senioren Union Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Produktion und Bereithaltung von Medikamenten und Einwegmaterialien (z.B. Masken, Einmalkleidung) dauerhaft und in ausreichendem Maße in Deutschland, mindestens aber in Europa gewährleistet werden kann. Einen entsprechenden Antrag bringt die Senioren Union zum nächsten Bundesparteitag der CDU ein.

Lieferengpässe bei Medikamenten sind schon lange ein Thema. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) führt eine Liste aller versorgungsrelevanten Medikamente, für die Lieferengpässe gemeldet wurden. Ein solcher liegt vor, wenn ein Präparat mehr als zwei Wochen nicht in üblicher Weise verfügbar ist. Aktuell hat die Liste rund 400 Einträge, darunter das Narkosemittel Propofol, vor fünf Jahren waren es nur vierzig. 2019 konnte 18 Millionen mal ein Patient nicht das Präparat erhalten, das der Arzt verschrieben hatte. 2017 waren es noch 4,7 Millionen Vorkommnisse.

Die Auswirkungen der Corona Pandemie haben uns zudem vor Augen geführt, wie verletzlich die globalen Lieferketten sein können und wie fragil die Versorgung bei fast nicht mehr vorhandener Lagerhaltung bei den Just-in-Time-Lieferungen geworden ist.

Bereits im Februar hat der Bundestag das Gesetz gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln beschlossen. Demnach können Pharmafirmen künftig von den Behörden verpflichtet werden, über Lagerbestände, Produktion und Absatzmenge bestimmter Arzneimittel zu informieren. Bei Engpässen kann angeordnet werden, dass die Firmen oder Arzneimittelgroßhändler größere Mengen dieser Präparate auf Vorrat lagern müssen.

---

## 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

### Beschluss zur Überweisung

---



**Empfehlung der Antragskommission:** Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### Finanzieller Eigenanteil Pflegebedürftiger bei stationärer Unterbringung

Der Landesvorstand der SU Baden-Württemberg fordert den Bundesvorstand der Senioren-Union auf, sich bei der Bundesregierung bei der Pflegereform um die Berücksichtigung folgender Punkte einzusetzen:

A: Der Eigenanteil für den pflegebedingten Aufwand im Heim ist auf 25% zu begrenzen, denn der Bewohner hat weiterhin Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Investitionskosten und die Ausbildungsumlage zu tragen.

B: Die Regelung der Kostentragung bei den Investitionskosten ist je nach Bundesland unterschiedlich. Wir bitten ein Modell ähnlich NRW zu prüfen und zu übernehmen, damit die Länder ihren Verpflichtungen entsprechend nachkommen.

C: Die Kosten für die Behandlungspflege (ärztlich verordnet!) müssen von den gesetzlichen/privaten Krankenkassen übernommen werden – so wie andere ärztliche Verordnungen auch.

#### Begründung zu A: Eigenanteil

Nach dem Vorschlag von Minister Spahn, die Eigenbeteiligung auf 700 EUR zu deckeln (dies bezieht sich nur auf Position 1 „pflegebedingter Aufwand“), verbleibt immer noch ein Eigenanteil von ca. 2.300 EUR.

Da es in den Bundesländern regionale Unterschiede bezüglich der Höhe der pflegebedingten Kosten gibt, empfiehlt es sich, den Eigenanteil für den pflegebedingten Aufwand (Pos.1) nicht als Summe festzulegen, sondern als prozentualen Anteil in Höhe von 25%. Wie von Minister Spahn vorgeschlagen, entfällt ab dem 37. Monat die Eigenbeteiligung an den Pflegebedingten Kosten komplett.

#### Begründung zu B: Investitionskosten

In der stationären Altenhilfe haben wir die Situation, dass der Pflegebedürftige sämtliche Kosten für Aufbau und Unterhalt der Infrastruktur trägt. Dies gilt für keinen anderen Bereich der Sozialhilfe, der Bildung oder der Infrastruktur. In diesen Feldern wird der Nutzer nur mit Anteilen am Aufbau und am Erhalt der Infrastruktur beteiligt. Entsprechend werden die Infrastrukturkosten von der Gesellschaft und/oder Gemeinschaft aller Versicherten getragen. Gleiches gilt für die Ausbildungsumlage.

Wir bitten um Überprüfung, dass die im aktuellen Gesetz vorgesehene Verpflichtung der Länder von einer Sollbestimmung (Sozialgesetzbuch (SGB) - Elftes Buch (XI) - Soziale Pflegeversicherung §

9) „zur Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur“ in eine „Muss-Bestimmung“ umgewandelt wird.

Außerdem sollte davon abgesehen werden, dass Selbstzahlern und Sozialhilfeempfängern unterschiedliche Kosten für Investitionen berechnet werden. In NRW ist gesetzlich geregelt, dass die Heimträger bei den Gruppen nur den mit dem Sozialhilfeträger verhandelten und genehmigten Satz in Rechnung stellen. Beide Gruppen erhalten die gleichen Leistungen. Der Bundesgesetzgeber möge regeln, dass für die gleichen Leistungen die gleichen Vergütungen zu zahlen sind.

### **Begründung zu C: Behandlungspflege**

Die Kosten für die ärztlich verordnete Behandlungspflege werden im ambulanten Pflegebereich von den Krankenkassen übernommen. Es ist nicht plausibel, im stationären Bereich die Pflegekassen mit Kosten aus dem medizinischen Bereich zu belasten!

### **Grundsätzlich gilt:**

„Pflege ist die soziale Frage der 20-er Jahre“, Zitat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Eigenverantwortliches Handeln von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen ist weiterhin erforderlich, jedoch darf es nicht dazu führen, dass man bei einer stationären Pflege unmittelbar zum Sozialhilfeempfänger wird.

Nachfolgende Tabelle zeigt, dass der Pflegebedürftige auch nach einer Änderung weiterhin einen erheblichen Eigenanteil zu leisten hat, andererseits wird durch den Unterstützungsbeitrag auch die Lebensleistung der Menschen gewürdigt.

Bei der geforderten systemgerechten Zuordnung ergibt sich folgendes Bild (Beispielsrechnung; monatliche Aufwendungen):

1. Pflegebedingter Aufwand (2800.- EUR)
    - 1.1. Eigenanteil - Bewohner- (25% v. 2800.- EUR): 700.- EUR
    - 1.2. Erstattung durch die Pflegeversicherung 2.100.- EUR
  2. Ausbildungsumlage zu tragen durch die Land/Pflegeversicherung (siehe §26 Pflegeberufsgesetz) 130.- EUR
  3. Entgelt für Unterkunft -Bewohner- 500.- EUR
  4. Entgelt für Verpflegung - Bewohner- 450.- EUR
  5. Investitionskosten zu tragen durch das Land 450.- EUR  
da Aufbau und Erhalt der Infrastruktur  
Eigenanteil des Bewohners 1.650.- EUR
- Versichertengemeinschaft und Steuerzahler: 2.680.- EUR

## C 4

---

### 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

#### Beschluss zur Überweisung

---



**Empfehlung der Antragskommission:** Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### Transparente Regeln für Parteispenden und Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten dafür zu sorgen, dass es bei Parteispenden ebenso zu transparenten Regeln kommt wie bei Sponsoring und Nebeneinkünften.

#### **Begründung:**

Spätestens mit der Maskenaffäre und den Zuwendungen an Abgeordnete von Aserbaidschan ist die Union besonders aufgefordert für glaubwürdige, ehrliche und überzeugende Regeln bei Parteispenden wie bei Nebeneinkünften von Abgeordneten zu sorgen.

## C 6

---

### 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

#### Beschluss zur Überweisung

---



**Empfehlung der Antragskommission:** Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Überweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands

### Verbot der Gendersprache

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert ein Gesetz mit dem Ziel einzubringen, dass staatliche Stellen, wie die öffentlich-rechtlichen Senderanstalten daran hindert, die im Dienst wie in der Veröffentlichung gebrauchten Sprache nicht einfach willkürlich zu verändern.

#### **Begründung:**

65 Prozent der Bevölkerung lehnen eine unterschiedliche Benennung der Geschlechter in der Sprache ab. Besonders für ältere Menschen erschwert sich dadurch ein Zugang zu Informationen. Sprache soll zusammenführen, nicht die Gesellschaft spalten!



## Initiativantrag

---

### 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

#### Beschluss zur Überweisung

---



#### Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Bundesminister für Gesundheit

### Keine Drohungen, Corona ist besiegbar

Die Entscheidung, sich impfen zu lassen, ist kein moralisches Dilemma, denn mit einer Impfung tut man sich selbst genauso etwas Gutes wie Anderen. Es ist vieltausendfach wahrscheinlicher, durch die Krankheit Schaden zu nehmen als durch die Impfung. Also ist es vernünftig, sich impfen zu lassen, und unvernünftig, sich nicht impfen zu lassen.

Sobald eine Herdenimmunität hergestellt wäre, würde das Virus bedeutungslos werden. Doch nach jüngsten Hochrechnungen bräuchte es dazu eine Durchimpfungsrate in der Bevölkerung von 85%. Viele Experten halten diesen Wert inzwischen für sehr schwer zu erreichen.

Impfen hilft erwiesenermaßen. Masern, Grippe, Diphtherie oder Kinderlähmung werden durch entsprechende Impfungen wirksam bekämpft oder konnten sogar ganz ausgerottet werden. 1979 erklärte die Weltgesundheitsorganisation WHO die Pocken für ausgerottet. Dies war Ergebnis einer Impfpflicht gegen Pocken auch in Deutschland. Mitte der 1970er-Jahre wurde sie in Deutschland aufgehoben.

Deshalb spricht sich die Senioren Union als letztes Mittel zur Abwehr des Covid 19 Virus für eine Impfpflicht in Deutschland aus.

#### Begründung:

Das menschliche Gedächtnis ist mitunter ziemlich vergesslich. Von daher lohnt der Blick zurück ins vergangene Jahrhundert. Infektionskrankheiten wie Kinderlähmung, Pocken oder auch Tetanus wurden so stark eingedämmt, dass sie über Jahre sogar praktisch verschwunden waren. Wie das gelungen ist? Durch Impfungen. Bei den Pocken sogar durch eine Impfpflicht, die erst 1976 abgeschafft wurde.

Impfverweigerern ist es erlaubt, ihr eigenes Leben zu riskieren. Aber nicht das anderer Menschen. Frankreich und Griechenland geben den Takt vor. Deutschland sollte hier möglichst schnell nachziehen. Das Infektionsschutzgesetz sieht eine solche Impfpflicht bei der Ausbreitung von Erkrankungen vor. Die Pandemie, der wir inzwischen seit eineinhalb Jahren mit dem Rücken zur Wand gegenüberstehen, rechtfertigt diesen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der Bürger.



## Übersicht der abgelehnten Anträge

**C5** „Doppelspitze in der Union sowie bei den Vereinigungen der CDU Deutschlands ermöglichen“

**C7** „Stärkung der Mitgliederrechte durch Mitgliederentscheide“

**C9** „Solidaritätszuschlag“

## C 5

---

### 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

#### Beschluss zur Ablehnung

---



**Empfehlung der Antragskommission:** Ablehnung

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Ablehnung

### **Doppelspitze in der Union sowie bei den Vereinigungen der CDU Deutschlands ermöglichen**

Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union Deutschlands fordert die CDU-Bundespartei auf dafür zu sorgen, dass es bei der Union selbst wie bei ihren Gliederungen zu einer Doppelspitze - Frau und Mann - in der Führung kommen sollte.

#### **Begründung:**

Der Rückgang der Mitgliederzahlen in der CDU ist besorgniserregend. Das gilt genauso für Neueintritte, die fast gänzlich ausbleiben. Um gerade für Frauen die Union wieder attraktiver zu machen und um dem selbstverständlichen Gesellschaftsanspruch der Chancengleichheit von Frauen wie Männern in der Union zu entsprechen, ist eine Satzungsänderung dringend erforderlich.

C 7

---

## 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

### Beschluss zur Ablehnung

---



**Empfehlung der Antragskommission:** Ablehnung

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Ablehnung

### **Stärkung der Mitgliederrechte durch Mitgliederentscheide**

Die CDU wird aufgefordert, eine Satzungsänderung zu beschließen, die Mitgliederentscheide bei der Wahl einer Kandidatin/eines Kandidaten für das Bundeskanzleramt ebenso ermöglicht wie bei der Wahl der CDU-Bundesvorsitzenden und der CDU-Landesvorsitzenden.

**Begründung:**

Mit diesem Antrag stärken wir die innerparteiliche Demokratie und tragen dazu bei, dass die Union attraktiver für junge Mitglieder wird.

---

## 18. Bundesdelegiertenversammlung 2021

### Beschluss zur Ablehnung

---



**Empfehlung der Antragskommission:** Ablehnung

**Beschluss der 18. Bundesdelegiertenversammlung:** Ablehnung

### Solidaritätszuschlag

Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschland fordert den Vorstand der CDU Deutschland und die Mitglieder der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag auf, dafür einzutreten, dass der Solidaritätszuschlag nicht abgeschafft und gestrichen sondern beibehalten wird zu dem Zweck, hieraus die von Umweltkatastrophen betroffene und geschädigte Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen und die Schäden zu bewältigen.

#### **Begründung:**

Die Umweltkatastrophen im Westen und Süden der Bundesrepublik Deutschland von 2021 werden keine einmaligen Ereignisse eines Jahrhunderts sein und bleiben, sondern mit dem Klimawandel und der Veränderung der Wetterentwicklung in kurzen Abständen häufiger eintreten. Zur Bewältigung der außerordentlichen und großen Schäden im privaten und öffentlichen Bereich scheint es erforderlich, eine Finanzrücklage zu schaffen, da die Belastungen aus den allgemeinen Haushaltsmitteln allein nicht bestritten werden können.



**Zukunft  
braucht  
Erfahrung!**